



im Rat der
Stadt Oldenburg

26105 Oldenburg
Altes Rathaus, Zimmer 4
Telefon: 0441 - 235 2686
Telefax: 0441 - 235 2156
E-Mail: cdu-fraktion@stadt-oldenburg.de

Newsletter CDU-Fraktion – Nr.5/Okttober 2017

Marktplatz: Fraktion kritisiert Pläne zur Neugestaltung +++ Jugendherberge:
Chancen für Stadtteil nutzen +++ Ortstermin im Globe-Theater

Massive Kritik am „weißen Klotz“



Stößt bei Bürgern und Politik auf Ablehnung: Der Ende August präsentierte Siegerentwurf der BLB zur Neugestaltung des Oldenburger Marktcarrés. Bild: BLB Immobilien

Die Präsentation hat für harsche Kritik und jede Menge Gesprächsstoff gesorgt: Als die Immobilien GmbH der Bremer Landesbank (BLB) Ende August den Siegerentwurf für die Neugestaltung des Marktcarrés in der Oldenburger Innenstadt vorstellte, hielt sich die Begeisterung in Grenzen. Das Meinungsbild war eindeutig. Schnell regte sich Widerstand der Bürger und der Politik. Als erste reagierte die CDU-Fraktion auf den Vorschlag und positionierte sich öffentlich gegen den Siegerentwurf des Ber-

liner Architekturbüros Max Dudler. „Ich kann der Fraktion keine Zustimmung zu den vorliegenden Plänen empfehlen“, sagte Fraktionschef Olaf Klaukien, der auch baupolitischer Sprecher der CDU-Ratsfraktion ist und als – nichtstimmberechtigtes – Mitglied in der BLB-Jury saß. Bei der fraktionsinternen Diskussion stieß seine Haltung



Kritisiert den Siegerentwurf für das Marktcarré:
Fraktionschef Olaf Klaukien

auf einhellige Zustimmung. So sprach zum Beispiel Ratsherr Manfred Drieling von einem „weißen Klotz“, der nicht in Oldenburgs gute Stube passe. Es handle sich um einen wichtigen Raum der Innenstadt, der vernünftig durchdacht und gestaltet werden müsse. Als zu dominant betrachteten weitere Fraktionsmitglieder den Entwurf. Widerspruch regte sich schließlich

auch bei den anderen Fraktionen und in der Stadtverwaltung. So waren im Bauausschuss viele kritische Stimmen über die architektonische Gestaltung zu hören. Zahlreiche Bürger bekundeten ihren Unmut in Leserbriefen. Viele Geschäftsleute vor Ort befürchten zudem deutliche Umsatzeinbußen während einer mehrjährigen Bauphase in Oldenburgs Fußgängerzone. Im Verwaltungsausschuss hat die CDU daraufhin einen Antrag eingebracht und die Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes gefordert, der diese Form der Neugestaltung ausschließt. Fraktionsübergreifend fand sich hierfür im Rat eine große Mehrheit. Aufgrund der massiven Kritik zeigte sich auch die BLB gesprächsbereit. „Wir werden die weiteren Gespräche zwischen BLB und Stadt abwarten“, kündigte Klaukien an.

+++++

Jugendherberge: Großes Potenzial nutzen



Bietet eine Menge Potenzial für die Stadtentwicklung: Das Jugendherbergs-Gelände an der unteren Alexanderstraße.
Bild: Oliver Bloch

Der voraussichtliche Umzug der Jugendherberge von der Von-Finckh-Straße Richtung Bahnhofsviertel im Jahr 2019 bietet große Chancen zur Entwicklung der unteren Alexanderstraße. Aus diesem Grund spricht sich die CDU-Fraktion dafür aus, das Gelände neu zu beplanen. Gemeinsam mit der SPD-Fraktion hat die CDU daher einen Änderungsantrag in die September-

Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen eingebracht. „Mit den geplanten Nutzungen wollen die Fraktionen von SPD und CDU die Bedarfe im Stadtteil aufgreifen“, begründete Olaf Klaukien den gemeinsamen Vorstoß. Diese werden im Wesentlichen in den Bereichen Kindertagesstätten, Schulen und Wohnen gesehen. „Vor dem Hintergrund zunehmend wegfallender Tagungsmöglichkeiten in den Stadtteilen soll ebenfalls ein entsprechendes Angebot geschaffen werden. Ein angemessener Anteil an Grünflächen soll eine ansprechende Aufenthaltsqualität sicherstellen“, ergänzte Klaukien. Somit wurde die Verwaltung von SPD und CDU beauftragt, die Realisierbarkeit eines vorgeschlagenen Nachnutzungskonzeptes zu prüfen und zugleich ein Verkehrs- und Parkraumkonzept vorzulegen. Die Planung soll folgende Eckpunkte berücksichtigen:

- Eine Kindertagesstätte, die sich am Bedarf im Stadtteil orientiert
- Eine Begegnungsstätte für Vereine und Verbände (bis zu 50 Personen)
- Überwiegend preiswerter Wohnraum
- Errichtung einer Außenstelle der Grundschule Röwekamp zur Realisierung des Ganztagsangebotes
- Erhalt eines angemessenen Anteils der Grünflächen

Über den Verbleib des Stadtjugendrings auf dem Grundstück soll von der Verwaltung im Zuge eines Gesamtkonzeptes entschieden werden. Hierzu war es zuvor im Ju-

gendhilfeausschuss zu Irritationen gekommen. Durch das Votum der stimmberechtigten beratenden Mitglieder sprach sich das Gremium für einen Verbleib des Hauses der Jugend vor Ort aus. Die CDU-Fraktion versteht, dass der Jugendhilfeausschuss die Zukunft des Stadtjugendrings im Blick behält und sich dafür einsetzt, erläutert die Fraktionsspitze, stellt aber klar: „Aufgrund des großen städtebaulichen Potenzials des Grundstückes Von-Finckh-Straße/Alexanderstraße liegt die Zuständigkeit im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen und nicht im Jugendhilfeausschuss.“

+++++

Blick hinter die Kulissen



Ortstermin im Globe: Aufmerksam hörte die Fraktion den Ausführungen von Dr. Nicola Haßold-Piezunka (links) und Michael Olsen (sitzend) von der Kulturgenossenschaft zu. Bild: Oliver Bloch

Blick hinter die Kulissen des Oldenburger Globe-Theaters: Bei einem Besuch des ehemaligen englischen Truppenkinos auf dem Gelände der früheren Donnerschwee-Kaserne hat sich die Fraktion über die Pläne der Kulturgenossenschaft Globe informiert. Die Initiative mit ihren rund 300 Mitgliedern möchte das Gebäude vor dem Ver-

fall bewahren, um das „kulturhistorische Juwel wiederzubeleben“ – als Kino, Theater und kultureller Treffpunkt im Stadtteil. Daher plant die Initiative den Kauf und die Sanierung des baufälligen Gebäudes, das aus den 1950er-Jahren stammt. Für Erwerb, Ausbau und denkmalgerechte Sanierung werden rund 1,5 Millionen Euro veranschlagt, berichteten Dr. Nicola Haßold-Piezunka und Michael Olsen vom Vorstand.

„Ein interessantes und spannendes Projekt“, würdigte die Fraktionsvorsitzende Dr. Esther Niewerth-Baumann den „realistischen Ansatz“ der Initiative, deren Anliegen die Fraktion mit in die politischen Gremien nehmen wolle. „Das Globe als ehemaliges englisches Truppenkino ist ein Stück Oldenburger Nachkriegsgeschichte mit ganz eigenem Wert“, betonte der Fraktionsvorsitzende Olaf Klaukien. Zwar hat die Genossenschaft das Geld für den Kauf des Gebäudes nach eigenen Angaben inzwischen beisammen, der Umsetzung steht aber aktuell vor allem die noch ungeklärte Parkplatzfrage im Wege. Ebenfalls ungeklärt ist die Zukunft der benachbarten Turnhalle, für die es keine gültige Baugenehmigung gibt. Trotzdem wird sie derzeit, hauptsächlich vom Oldenburger Turnerbund, stark genutzt. Grundsätzlich spricht



Offene Türen: Die Globe-Initiative um Michael Olsen hofft auf eine erfolgreiche Umsetzung ihres Projektes. Bild: Oliver Bloch

sich die CDU-Fraktion für den Erhalt des Gebäudes aus. Möglich wären ein Kauf durch die Stadt, ein Kauf von Seiten des OTB mit Bezuschussung der Stadt oder ein Nießbrauchrecht des OTB. In einem Antrag im Sportausschuss hat die CDU die Verwaltung daher um eine Stellungnahme zur Zukunft der Halle gebeten. „Wir sollten Kultur und Sport auf diesem Gelände nicht gegeneinander ausspielen. Ein saniertes und wiederbelebtes Globe-Theater würde dem neuen Quartier in Donnerschwee ebenso gut tun wie attraktive Sportmöglichkeiten“, sagte Ratsfrau Petra Averbek.

+++++

Neues aus den Ausschüssen

Pophankenweg: Radweg-Pläne vorgestellt

Ein Rad- und Fußweg am Pophankenweg ist schon lange Wunsch vieler Bürger. Nun scheint er sich zu erfüllen. Im **Verkehrsausschuss** stellte die Verwaltung im September ihre Pläne vor. Entgegen früherer Entwürfe soll der Weg nun allerdings nicht mehr entlang des Autobahndamms führen, sondern gegenüber auf südlicher Seite. Grund ist die Anbindung des geplanten Technologieparks zwischen dem Bahnhaltepunkt Wechloy und dem Pophankenweg. Der Verwaltung zufolge soll ein 3,50 Meter breiter Weg für den Fuß- und Radverkehr gebaut werden. Ob dieser dann eine Benutzungspflicht für Radfahrer umfasst, ist noch offen.

Frei Parken für Elektroautos



Der Idealfall: Ein kostenloser und freier Parkplatz für E-Autos mit Stromtankstelle.
Bild: Georg Sander/Pixelio.de

Kostenlose städtische Parkplätze für Elektroautos hat die CDU-Fraktion in einem Antrag im Verkehrsausschuss gefordert. „Wir sind der Auffassung, dass die Stadt damit ein wichtiges Signal für umweltschonende Mobilität setzen würde“, begründete der Fraktionsvorsitzende Olaf Klaukien und bezog sich dabei auf das Elektromobilitätsgesetz (EmoG), das vor zwei Jahren in Kraft trat. Es erlaubt Kommunen,

Sondergenehmigungen wie freies oder ermäßigtes Parken für Elektro-Fahrzeuge zu erteilen. „Gerade im Hinblick auf die Debatten über Luftverschmutzung und Abgasmanipulation inklusive drohender Strafzahlungen und Fahrverbote ist es unausweichlich, die Elektromobilität zu fördern und weitere Anreize zu setzen“, ergänzte Fraktionsvize Christoph Baak. Auch der vergleichsweise kleine Kostenvorteil sei ein großes Bekenntnis zur E-Mobilität.

Fliegerhorst: CDU befürwortet Verbindungsstraße

Eine große verkehrstechnische Herausforderung im Stadtnorden ist die Erschließung des Fliegerhorstes. In Kürze will die Stadt ein Gutachten mit mehreren Trassenvarianten vorstellen. Die CDU spricht sich seit Langem für den Bau einer Verbindungsstraße aus, um die Alexanderstraße zu entlasten und bessere Anbindungsmöglichkeiten der Stadtteile zu schaffen.

Extremismus von links nicht verharmlosen

Für eine Umbenennung der „Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Oldenburg“ hat sich die CDU-Fraktion in diesem Sommer ausgesprochen. Nach dem Willen der CDU soll diese künftig „Koordinierungsstelle gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit in Oldenburg“ heißen. Einen entsprechenden Antrag stellte die Fraktion im **Allgemeinen Ausschuss** und im **Rat**.



Setzt sich für eine Umbenennung ein:
Klaus Raschke

Die CDU spricht sich gegen jede Form von Extremismus aus – egal ob von rechts, von links oder aus religiösen Gründen. Bereits bei der Einrichtung der Koordinierungsstelle im Jahr 2014 hat sich die Fraktion für eine Abgrenzung auch nach links eingesetzt. „Wir wollten bereits damals einen anderen Namen für die Koordinierungsstelle. Dies ist bei den anderen Fraktionen aber leider nicht auf Zustimmung gestoßen“, erinnert sich Klaus Raschke, sozialpolitischer Sprecher der Fraktion. Die Ausschreitungen am Rande des G-20-Gipfels Anfang Juli in Hamburg haben nun einmal mehr verdeutlicht, wie wichtig es ist, auch über Linksextremismus zu informieren und davor zu warnen. Die Trägerschaft der Koordinierungsstelle liegt bei der Arbeit und Leben Nds. Nord gGmbH in Oldenburg. Verwaltung, Politik und Bildungsträger müssen nun gemeinsam überlegen, wie die Koordinierungsstelle künftig auch Aktivitäten gegen Linksextremismus in ihre Arbeit einbinden kann, fordert die CDU. Die Stadt Oldenburg bezuschusst die Arbeit der Koordinierungsstelle jährlich mit 35.000 Euro. Sofern aufgrund der Ausweitung der Tätigkeiten eine Erhöhung dieses Projektzuschusses erforderlich ist, müsste zum Haushaltsjahr 2018 eine entsprechende Anpassung erfolgen.

Schulen: Offene Kommunikation statt „Maulkörbe“

Vor dem Hintergrund der immer wieder aufkommenden Diskussion, ob Vertreter der Oldenburger Schulen direkt in Kontakt mit den Ratsfraktionen treten können, hat die CDU-Fraktion im **Schulausschuss** nachgehakt. Die Verwaltung wurde gefragt, ob Schulleiterinnen oder Schulleiter Ratsmitglieder ohne vorherige Absprache mit der Stadtverwaltung zu Gesprächen in ihre Schulen einladen dürfen.

Des Weiteren wollte die Fraktion wissen, ob die Schulleitungen befugt sind, ihre Anliegen öffentlich zu kommunizieren oder ob es diesbezüglich Einschränkungen gibt. „Um über schulpolitische Angelegenheiten zu entscheiden, benötigen wir möglichst umfassende Informationen“, sagte die schulpolitische Sprecherin Dr. Esther Nierwerth-Baumann: „Der CDU-Fraktion ist an den Meinungen der Schulleitungen gelegen, da diese die Situation vor Ort am besten einschätzen können. Wir wollen keine Maulkörbe für die Schulen.“ Eine offene Kommunikation zwischen Schulen und Politik sei eine notwendige Voraussetzung für eine fundierte Meinungsbildung. Schuldezernentin Dagmar Sachse entgegnete in der Sitzung, dass es keine Einschränkungen bei der Kommunikation gebe.

Umzugspläne sorgen für Irritationen

Hohe Wellen schlägt derzeit der geplante Umzug des Tagesaufenthaltes für Obdachlose von der Ehnerstraße an die Cloppenburger Straße – im Tausch mit dem Mädchentreff. Von einem Umzug und der damit verbundenen Trennung der Drogen- und Obdachlosenszene verspricht sich die Verwaltung eine Entspannung der Situation. Während man in Nadorst die Pläne weitgehend begrüßt, lösen sie bei vielen Anwohnern der Cloppenburger Straße Besorgnis aus. Sie befürchten, dass sich die Probleme von Nadorst nach Osterburg lediglich verlagern. Die CDU-Fraktion nimmt die Sorgen ernst und hat bereits zahlreiche Gespräche mit Betroffenen geführt. Am 26. Oktober findet eine Bürgerversammlung statt.

+++++

Landtagswahl: Daumen drücken für den 15. Oktober



Dr. Esther Niewerth-
Baumann



Christoph Baak

Oldenburg im nächsten niedersächsischen Landtag vertreten wollen Dr. Esther Niewerth-Baumann und Christoph Baak. Die Fraktionsvorsitzende und ihr Stellvertreter bewerben sich bei der Landtags-

wahl am 15. Oktober um die Direktmandate in den

beiden Oldenburger Wahlkreisen. Die CDU-Fraktion wünscht beiden viel Erfolg und hofft für die nächsten fünf Jahre auf zwei kompetente Stimmen in Hannover.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Fraktionsvorsitzenden, Frau Dr. Niewerth-Baumann und Herr Klaukien, gerne zur Verfügung.

Olaf Klaukien: 0177 – 2345523

Dr. Esther Niewerth-Baumann: 0173 – 2432909

Weitere Informationen über die Arbeit der CDU-Fraktion finden Sie auf unserer Internetseite: www.cdu-fraktion-oldenburg.de

Das Fraktionsbüro erreichen Sie unter 0441 – 2352686.